

KÖLN^{II}ER UNIVERSITÄTS

35. Jahrgang
Ausgabe 1 - 2007

JOURNAL

BERICHTE
AUS DER
UNIVERSITÄT
ZU KÖLN AG

Universität zu Köln ist AG! Börsengang für Oktober geplant

Die Universität zu Köln hat es geschafft. Nach Plan wurde sie als vorletzte der deutschen Hochschulen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die frohe Botschaft verkündete Seine Magnifizenz Rektor Prof. Dr. Klingelbeutel auf der Jahresfeier der Universität am 21.4. in der Aula.

Klingelbeutel zeichnete in seiner Rede noch einmal die mannigfaltigen Probleme nach, die einer früheren Umwandlung im Wege gestanden hatten. Insbesondere der ehemals große geisteswissenschaftliche Bereich habe in langwierigen Abwicklungsmaßnahmen reduziert werden müssen. Klingelbeutel gab seinem Bedauern Ausdruck, daß der Bund vor drei Jahren nicht bereit gewesen sei, dem Vorschlag des CHP (Centrum für Hochschulprivatisierung) zu folgen und durch Erlaß eines Beamtenüberleitungsgesetzes die schnelle Auflösung unrentabler Fachbereiche zu fördern. Jetzt jedoch habe es die Universität aus eigener Kraft geschafft, sich den Anforderun-

gen der Zukunft zu stellen. Der Betrieb an der Philosophischen, der Erziehungswissenschaftlichen und der Heilpädagogischen Fakultät werde mit Ende des laufenden Frühjahrs trimesters eingestellt. Zwar müßten noch zahlreiche Professoren längere Zeit weiterbeschäftigt werden, doch sei diese Lösung auf lange Sicht günstiger als die Weiterführung des Lehrbetriebes. Klingelbeutel setzte seine Hoffnungen auf Pläne der Landesregierung, die nutzlos gewordenen Hochschullehrer der Hochschul-Treuhand NRW GmbH übergeben zu können.

Die Vorbereitungen zur Platzierung der Universitätsaktien an der Börse laufe auf vollen Touren. Klingelbeutel kündigte weitere Umstrukturierungsmaßnahmen an. So ist geplant, demnächst die Ämter des Kanzlers und des Rektors in der Position des Universitätsmanagers zusammenzufassen. Börsenanalysen hatten ergeben, daß die Kursentwicklung bei Hochschulen, die nicht mehr von einer Doppelspitze gelei-

tet werden, deutlich besser verläuft.

Weiterhin sei geplant, die Alt schulden der Kölner Universität durch eine freiwillige, einmalige Spende der derzeit noch 7000 eingeschriebenen Studenten zu reduzieren. Diese Spende solle im Wintertrimester in einer Höhe von ca. 5000 Euro erhoben werden. Die Freiwilligkeit sei dadurch gewährleistet, daß bei Nichtzahlung keine sofortige Exmatrikulation erfolge. Unsolidarische Studenten müßten allerdings mit einer schlechteren Beurteilung rechnen, so Klingelbeutel.

Als letzten Schritt kündigte Klingelbeutel die Einführung eines „Studium exclusive“ an. Ähnlich wie in der 1. Klasse von Bahn oder Flugzeug könnten finanzkräftige Studenten gegen Entrichtung der doppelten Studiengebühr ein besser betreutes, komfortableres Studium erwerben. Eckdaten des Studium exclusive seien maximal fünf Studenten pro Seminar, Platzservice in Vorlesungen und ein Bonus bei der Notenvergabe.

DaimlerChrysler- Aktion voller Erfolg

DaimlerChrysler hatte im vergangenen Wintertrimester ein Angebot zur besseren finanziellen Ausstattung der Hochschulen ausgeschrieben. Für jeden Euro, der von Studenten zusätzlich zur Studiengebühr gezahlt wurde, legte DaimlerChrysler einen weiteren Euro dazu. DaimlerChrysler konnte so den Hochschulen 143 Mio. Euro stiften, die damit 286 Mio. Euro mehr erhielten. Für DaimlerChrysler lohnte sich diese Aktion auch: neben der Imagewerbung schätzen Insider die Steuerersparnis auf weit über 200 Mio. Euro. Es wird vermutet, daß es DaimlerChrysler in diesem Jahr gelingen könnte, trotz Reingewinn von 14 Mrd. Euro keine Steuern zu zahlen. Am meisten profitierte die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialtechnologie der Uni Köln.

Impressum

Dieses Kölner Universitätsjournal wurde erstellt und herausgegeben von:

Alternative Liste
Alternative Liste

Nachrichten

Raumnutzung

Ein erfreuliches Bild der Aktivierungsentwicklung der Gebäuderessourcen der deutschen Hochschulen zeichnete Harald Cashflow MBA vom Wissenschaftsrat. Durch die Reduzierung der Studentenzahlen von über 1,8 Millionen im Jahre 1997 auf inzwischen 220.000 und entsprechende Verringerungen im Personal seien zahlreiche Räumlichkeiten, oft in bester citynaher Lage, der Marktverwertung zugeführt worden. Die diesbezüglichen Einnahmen der Hochschul-AGs bezifferte Cashflow auf 1,4 Mrd. Euro per annum.

Lehrer

Angesichts des nach wie vor herrschenden Lehrerüberhangs beschloß das Kuratorium Schule GmbH, die Lehrerausbildung an Hochschulen endgültig abzuschaffen. Durch die Reduktion der Schulpflicht auf 4 Jahre und die effektive Beschneidung des Besuchs höherer Schulen bestehe bis auf weiteres kein Bedarf an neuen Lehrern. In Zukunft sollen Lehreranwärter ihre Ausbildung durch Zertifikate bei privaten Bildungsanstalten erwerben. Im Jahr 2020 sei wieder eine Besserung am Lehrermärkte zu erwarten, so das Kuratorium.

Chipkarten

Die Chipkarten, die in den neunziger Jahren an zahlreichen Hochschulen eingeführt wurden, werden nun zunehmend aus dem Verkehr gezogen. Alle notwendigen Funktionen können inzwischen mit dem Personalausweismikrochip erledigt werden, verlautete aus dem Bundesinnenministerium. Zudem haben inzwischen zahlreiche Hochschul-AGs die seit 1999 privatisierten Studentenwerke aufgekauft, so daß die Steuerung an den Hochschulen zentral aus einer Hand erfolgen kann.

Aus der Wissenschaft:

Studie zur Kriminalitätsprävention

Das Institut für Gesellschaftshygiene (IfGh) GmbH, eine 100%ige Tochter der Uni Erfurt AG, legte eine bahnbrechende Studie zur Kriminalitätsprävention vor. Das Forscherteam der IfGh entwickelte praxisbezogene Konzepte zur kriminaltechnischen Behandlung der 15 Mio. Arbeitslosen in Deutschland. Kernelemente sind die Sammlung der Arbeitslosen in strukturschwachen Gebieten und ihre Ansiedlung auf verlassenen Ländereien. Neben der Einschränkung der Kriminalität ließen sich zahlreiche weitere positive Effekte erzielen, u.a. könnte die Polizeidichte vom z.Z. zu hohen Stand auf ein akzeptables Maß gesenkt werden. Die Umsetzung des Konzeptes basiert auf der Auflösung eines Großteils der städtischen Slums. Das IfGh-

Team schlägt dazu die Beauftragung mittelständischer Bauunternehmer mit dem großflächigem Abriß vor. Entsprechende Erfahrungen aus England und den USA könnten hier genutzt werden. Wichtig sei die Bereitschaft der Politik, durch flankierende Maßnahmen für eine rigorose Durchführung zu sorgen. Insbesondere sei die befristete Ausrufung des Notstandes erforderlich, um die Umsiedlungsmaßnahmen mit Hilfe der deutschen Abteilung der NATO GmbH gestalten zu können. Das IfGh brachte seine Sorge zum Ausdruck, daß es der Politik letztlich an Entschlossenheit fehle. Der Aufsichtsrat der BRD AG bestehe immer noch zur Hälfte aus gewählten Abgeordneten. Diese Mitbestimmungsmodelle paßten nicht in die Zeit.

Zur Lage der Geisteswissenschaften

Der Vorstandsvorsitzende Prof. Beller der Abteilung für praktische Geisteswissenschaften GmbH, eine Gemeinschaftsbeteiligung der Universitäten Hamburg, Bremen und Hannover, mahnte in seiner Rede anlässlich des 5. Jahrestages des Deregulierungsbeschlusses der Geisteswissenschaften, das Lamentieren über mangelnde Bildung der deutschen Bevölkerung einzustellen. Daß es 11 Mio. Analphabeten gebe, sei nicht so schlimm wie häufig behauptet. Es

gebe auch für besser Ausgebildete keine Arbeit, und höhere Bildung trage nur dazu bei, den Betroffenen ihre Probleme bewußter zu machen. Brunnen äußerte sich auch zu den Vorwürfen, die noch in Deutschland betriebene Germanistik sei durch die Schließung fast aller Institute hinter den Stand der germanistischen Forschung Portugals und Finnlands zurückgefallen. Diese Entwicklung sei als begrüßenswerte Erscheinung der europäischen Einigung zu werten.

Kessel rechtswidrig

Die Einkesselung von 400 Studenten auf dem Albertus-Magnus-Platz im Jahre 2004 war rechtswidrig. Damals hatte die inzwischen verbotene linksgerichtete Studentengruppe „Alternative Liste“ aufgerufen, gegen die Erhöhung der Studiengebühren

von 1500 auf 2500 Euro zu protestieren. Der Inhaber des Albertus-Restaurantes, Besitzer des Kesselgeländes, hatte allerdings keinen Strafantrag gestellt. Die Relegationen gegen die Rädelsführer bleiben aber in Kraft.

Wissenschaftswert steigern!

Gastkommentar von Dr. Jürgen Rüpel MdB

Viele deutsche Hochschulen nehmen im Welt-Hochschul-Ranking der UNESCO nur eine untergeordnete Position ein. Stimmen werden nun laut, dies sei eine negative Folge der Deregulierung und Verschlingung des Hochschulwesens. Diejenigen, die diese Auffassung vertreten, müssen sich aber zumindest vorwerfen lassen, die Zeichen der Zeit nicht verstanden zu haben. Diese Apologeten des Bildungskommunismus nehmen nicht zur Kenntnis, daß das deutsche Hochschulwesen zu den effizientesten der Welt gehört. Der weltweite 35. Platz Deutschlands im UNESCO-Ranking kann nur richtig beurteilt werden, wenn man bedenkt, daß der deutsche Staat in Sachen Aufwendungen für höhere Ausbildung auf dem 105. Platz liegt (gemessen am Bruttosozialprodukt). Eine vergleichbare Performance hat kein anderes Land vorzuweisen.

Zudem nutzen die deutschen Hochschulen immer noch nicht alle Möglichkeiten, die das Hochschulranking bietet. Den Verantwortlichen völlig unbekannt scheint die zentrale Rolle des Zitierindex in der Ranking-Beurteilung zu sein. Mit dem Zitierindex wird ermittelt, wie oft wissenschaftliche Werke, die eine Hochschule herausgibt, zitiert werden. Es ist an der Zeit, daß sich die deutschen Hochschulen endlich zu einem generellen Zitierabkommen zusammenfinden. Der Stifterverband der deutschen Wissenschaft hat in seiner jüngsten Studie dargelegt, daß durch eine konsequente Umsetzung eines solchen Zitierabkommens Deutschland ca. 15 Plätze gutmachen könnte. Doch steht zu befürchten, daß wir noch lange auf entsprechende Kooperationsvereinbarungen warten müssen.